

DEUTSCHLAND

SPD: „Das ist die letzte Bastion“

Mit einer den Jungsozialisten nachempfundenen Doppelstrategie hofft der SPD-Vorstand, den Vormarsch der Systemkritiker in den eigenen Reihen unter Kontrolle zu bekommen. In der Theorie-Diskussion will das Partei-

Establishment sich nachgiebig zeigen und den Linken mehr Posten in der Partei-Hierarchie überlassen. Gleichzeitig jedoch soll die Basis gegen die „intellektualistische Unterwanderung“ organisiert und aufgerüstet werden.

In der „Hölle“ zu Münstereifel bekannte Herbert Wehner seine Schwäche. Bei einem vertraulichen Treffen des sozialdemokratischen Spitzentrios eröffnete der Parteivize in einer Weinstube nahe der Stadtmauer des mittelalterlichen Eifelortes am vorletzten Wochenende seinen Genossen Willy Brandt und Helmut Schmidt, er wolle nicht länger stellvertretender Parteivorsitzender bleiben — nicht aus Resignation, sondern aus Rücksicht auf seine angeschlagene Gesundheit.

Der Verzicht traf die Parteispitze unvorbereitet, obwohl Wehner-Stieftochter Greta Burmester Freunden der Familie schon vor Wochen anvertraut hatte, der Arzt habe Herbert Wehner dringend Schonung angeraten. Des Doktors Verdikt: Der zuckerkrank 66jährige müsse sich zwischen stellvertretendem Parteivorsitz und Fraktionsführung entscheiden. Beide Funktionen zusammen überstiegen seine Kräfte.

Wehner zieht sich zu einem Zeitpunkt aus dem Triumvirat der Partei zurück, an dem die SPD die integrierende Kraft des erfahrenen Juso-Bändigers Wehner gut gebrauchen könnte.

Um wenigstens die Gefahr zu bannen, daß ein Nachfolgestreit den innerparteilichen Konflikt weiter verschärft, entschied sich Chef Brandt für den Allerweltpolitiker Heinz Kühn aus Nordrhein-Westfalen. Der Kompromißkandidat befreite ihn aus der Zwangslage, zwischen dem Links-Favoriten Erhard Eppler und dem gemäßigten Hans-Jochen Vogel zu wählen und so einem der beiden rivalisierenden SPD-Flügel den Vorzug zu geben.

Zudem glaubt Brandt, mit der Kür Kühns, dem SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten im stimmstar-

ken Bundesland zwischen Rhein und Weser, insbesondere die Arbeitnehmer-Basis wieder stärker an die Partei zu binden.

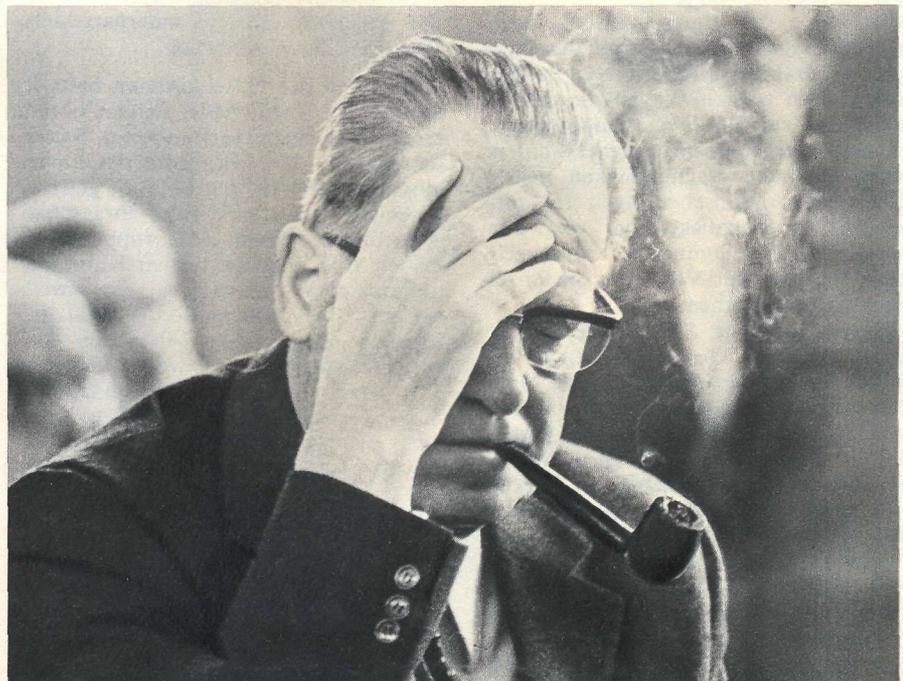
Diese Strategie, mit der Brandt den SPD-Konvent Mitte April in Hannover am ehesten in den Griff zu bekommen hofft, hatte er am vergangenen Montag in seiner Dienstvilla auf dem Venusberg erprobt. Brandt spielte Parteitag — sein Publikum war begeistert.

Vor gut zwei Dutzend Bezirks- und Landesvorsitzenden der SPD, zu vertraulicher Abendrunde gebeten, produzierte sich Brandt in einer Doppelrolle

— mal als verständnisvoller Freund, mal als entschlossener Gegner der Linken.

Er zeigte volles Verständnis für die — zuletzt vom Juso-Kongreß am vorletzten Wochenende erhobene — Forderung, zu Beginn der Diskussion über ein neues „Langzeitprogramm“ müsse eine kritische Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik stehen: „Da müssen wir ran, da müssen wir als Vorstand ran, das können wir nicht delegieren.“

Sogar vor systemverändernden „Investitionskontrollen“ der Unternehmer-



Amtsmüder SPD-Vize Wehner: Geständnis in der „Hölle“

wirtschaft solle nicht haltgemacht werden: „Warum soll man darüber nicht reden, wer sagt eigentlich, daß das einer Partei verboten sei?“

Auch die Kritik der Parteijunioren an dem vom Kanzler mitunterschiedenen Beschluß der Ministerpräsidenten gegen die Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst fand er berechtigt. Der Erlaß, so räsionierte er, sei „korrekturbedürftig“.

Doch der Chef konnte auch anders. Hart wies er die Versuche der Jungsozialisten zurück, der Regierung in ihre Politik gegenüber Griechenland oder dem Hauptverbündeten USA dreinzureden. Und scharf wandte er sich gegen den Vorwurf des Juso-Vorsitzenden Wolfgang Roth, nicht ausreichend Arbeitnehmerinteressen zu vertreten: Er stehe bei den Gewerkschaften und lasse sich nicht „wegdrängen“. Der Aufforderung seiner Gäste Oswald Paulig, Hamburg, und Werner Ludwig, Ludwigshafen, durch massierte Rausschüsse die Parteilinke zu disziplinieren, mochte sich Hausherr Brandt zwar nicht anschließen. Aber auch er fand: „Wir werden uns von dem einen oder anderen wohl trennen müssen.“

Brandts Übungs-Auftritt ist Teil eines Konzepts, mit dem die Parteispitze den Vormarsch der linken Genossen unter Kontrolle bringen will. Der erprobten Doppelstrategie der Jungsozialisten, angelegt auf Sympathiegewinn an der Basis und zielstrebiges Erobern von Positionen in den oberen Etagen der Partiehierarchie, soll durch eine Doppelstrategie der Obergenossen begegnet werden: wohlberechnete Nachgiebigkeit gegenüber linken Wünschen nach theoretischer Grundsatzdiskussion und personeller Mitbeteiligung — wohlberechnetes Kontern der Versuche, die Partebasis zu übernehmen.

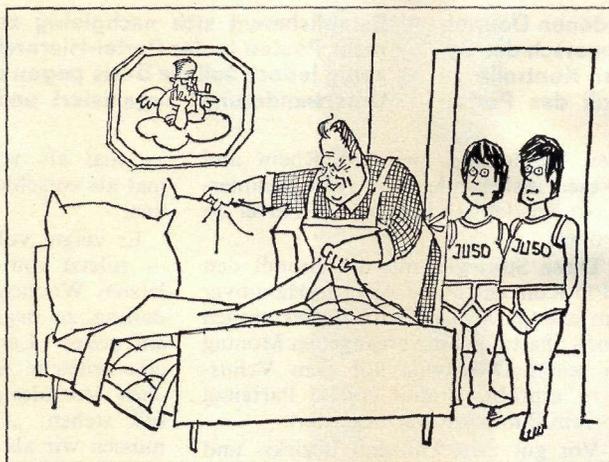
Denn auch die SPD-Spitze hat erkannt, daß der Diskussionsstau in der Partei inzwischen bedrohlich, die Unsicherheit über die Grundlagen sozialdemokratischer Politik allgemein geworden ist. Brandt setzte sich an die Spitze der Bewegung: „Wir haben die Diskussion angefangen, wir wollen geradezu, daß theoretisch Kritik geübt wird.“

Die Diskussion über das westdeutsche Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wird um so leichteren Herzens freigegeben, als die Parteioberen glauben, die Grenzen selber setzen zu können. So beschloß etwa das SPD-Präsidium am Dienstag letzter Woche, über

das Godesberger Programm der Partei könne „zwar diskutiert werden“, es sei „aber nicht zu revidieren“.

Notgedrungen großzügig zeigt sich das SPD-Establishment auch gegenüber dem Verlangen des erstarkten progressiven Flügels, endlich mehr Einfluß auf die Führung der Partei zu erhalten. Der Parteivorstand (PV) will von sich aus neben Postminister Horst Ehmke und Gewerkschafter Hermann Buschfort die linken Genossen Peter von Oertzen, Friedel Läßle, Hermann Heinemann und Bruno Friedrich zur Wahl vorschlagen. Vorstands-Kandidat Juso Roth kann sogar damit rechnen, von Parteichef Brandt in Hannover empfohlen zu werden.

Und selbst die — insbesondere von Herbert Wehner beargwöhnte — lockere Gruppierung der Linken in Partei und Fraktion soll künftig toleriert werden, solange keine harten Ka-



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Kommt, Kinder, ihr werdet müde sein; die Doppelstrategie kostet Kraft!“

der entstehen, die die innerparteiliche Polarisierung verschärfen.

Unwillen der Parteivorderen hatte in jüngster Zeit SPD-MdB Peter Conradi erregt. In einem vertraulichen Rundschreiben an die Mitglieder des Leverkusener Kreises hatte der gelernte Ingenieur am 21. Februar vorgeschlagen, für die Leitung der Gruppenarbeit in der SPD-Fraktion „einen Koordinationsausschuß“ zu bilden, „der jeweils für ein halbes Jahr amtiert“. Zusätzlich solle ein „Büro mit zwei Personen“ eingerichtet werden — zwecks Tarnung „im Raum eines Parlamentarischen Staatssekretärs, der für die Angestellten die Arbeitgeberfunktion übernimmt, jedoch nur in arbeitsrechtlicher Hinsicht. Das Büro bekommt Weisungen nur vom Koordinationsausschuß“.

Vergangene Woche — die Parteispitze war bereits informiert — steckten Genossen aus der, im Parteimaßstab eher konservativen, Fraktionsmehrheit Hektographien des vertraulichen Conradi-Schreibens in die Bundeshaus-Postfächer sämtlicher SPD-Abgeord-

nete. Resigniert konstatierte Gruppen-Mitglied Dietrich Sperling: „Damit ist die ganze Sache natürlich gestorben.“

Draußen im Land macht sich das um Einfluß und Mehrheiten fürchtende Bonner Establishment daran, die Systemkritiker auf weniger elegante Art zu bügeln — durch Aufbau einer Gegenmacht. Aufgeschreckt von ihrem stürmischen Vordringen in der Parteiorganisation und nervös geworden durch die jüngsten Mitglieder-Statistiken — 1972 waren 50 Prozent der Neuzugänge Angestellte, Beamte, Schüler und Studenten, nur 27 Prozent Arbeiter —, wollen die Parteioberen die traditionelle Anhängerschaft der Arbeitnehmerpartei SPD mobilisieren und für sich gewinnen.

Sie besannen sich auf ein vor Jahresfrist von Parteitag und Vorstand gefordertes Projekt: eine „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“, die jetzt den Linken, vor allem der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, Paroli bieten soll. Gewerkschafter und SPD-MdB Friedhelm Farthmann: „Das ist die letzte Bastion gegen die intellektualistische Unterwanderung der Partei.“

Sie soll so rasch wie möglich kommen. Im Gasthaus „Winterscheider Mühle“ nahe Bonn versammelte sich am Montag vergangener Woche der Arbeitnehmerbeirat des SPD-Parteivorstandes unter Vorsitz von Helmut Rohde, Parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium, zu zweitägiger Klausur. Der Beirat beschloß, „beim Ausbau der Betriebsgruppenarbeit in diesem Jahr einen großen Schritt nach vorn zu tun“ — so Walter Edenhofer, Mitarbeiter des Arbeitnehmerreferates beim Parteivorstand.

Die Vorarbeiten sind beinahe abgeschlossen, die in knapp 4000 Betriebsgruppen organisierten 300 000 SPD-Werkstätigen fast alle auf Lokalebene in Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt. Jetzt sollen die Genossen für den Kampf gegen die Linken politisch aufgerüstet werden. Farthmann: „Auf den Unterbezirkskonferenzen gibt es dann wieder ein organisiertes Gegengewicht zu den Studenten, Schülern und Pastoren. Dann steht endlich einer von denen auf und sagt: ‚Laß mal den ganzen verbalen Scheiß weg, was heißt das konkret?‘“

Neue Regeln werden der einmal mobilisierten Basis helfen, sich durchzusetzen. Die bislang häufig erfolgreiche Praxis, insbesondere der Jungsozialisten, Wahlen und Sachbestimmungen auf regionalen Parteikonventen so lange zu verzögern, bis die Genossen von der Fröhschicht das Feld geräumt haben, soll durch Erlaß abgeschafft werden. Nur bis 22 Uhr, so der Vorschlag von SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner, oder bis 23 Uhr, so der rheinland-pfälzische SPD-Chef Wilhelm